

Gemeinsame Pressekonferenz

der drei

Mehrheitsfraktionen im PDG

proDG



PFF



SP



zum Start in die parlamentarische

Sitzungsperiode 2016-2017

Eupen, am 22. September 2016

In ihrer gemeinsamen Pressekonferenz zum Start in die neue Sitzungsperiode haben die Mehrheitsfraktionen im Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft heute schwere Vorwürfe gegen die CSP erhoben.

Die Mehrheitsfraktionen ProDG, PFF und SP begrüßten zunächst die inhaltlichen Schwerpunkte der Regierung für die neue Sitzungsperiode, die Ministerpräsident Paasch dem Parlament am vergangenen Montag vorgestellt hatte.

Auf der Grundlage des **Regionalen Entwicklungskonzeptes** seien in den letzten Jahren bereits viele Verbesserungen im Schulwesen, in der Sozialpolitik, in der Kulturförderung, im Bereich der Kinderbetreuung und in der Beschäftigungspolitik erzielt worden. Die für das kommende Jahr angekündigten Maßnahmen würden ebenfalls zu mehr sozialer Gerechtigkeit beitragen und die Lebensbedingungen in Ostbelgien verbessern.

Die Mehrheit begrüßte insbesondere die Ankündigung der Regierung, in Zukunft die Ausgaben der DG für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich zu machen. Man müsse zu maximaler **Transparenz** bereit sein. Auch die Ankündigung der Regierung, in der Außendarstellung der Gemeinschaft nicht mehr auf „DG“ sondern auf „Ostbelgien“ zu setzen, findet die Unterstützung der Mehrheit.

Es sei der regierenden Mehrheit darüber hinaus gelungen, für die meisten Zuständigkeiten, die man durch die **6. Staatsreform** erhalten habe, tragfähige Konzepte auszuarbeiten. Weitere werden bis zur Umsetzung der Staatsreform folgen: so zum Beispiel ein Finanzierungskonzept für die Alten- und Pflegewohnheime, das derzeit mit den Alten- und Pflegewohnheimen besprochen wird.

Die Mehrheitsfraktionen bekräftigten ihre Unterstützung für das von der Regierung ausgearbeitete neue **Modell zur Auszahlung von Kinderzulagen**. Mindestens 70 % der Familien würden dadurch ab 2019 mehr Geld erhalten. Niemand werde verlieren. Es sei richtig, die Haushaltsmittel für Kinderzulagen zu erhöhen.

Gleichzeitig forderten Mehrheitsfraktion die Regierung ebenfalls nachdrücklich auf, am **Haushaltsgewicht ab 2018** festzuhalten.

Die Mehrheit nahm ihre Presskonferenz ebenfalls zum Anlass, auf verschiedene Aussagen der Opposition zu reagieren.

Heftige Kritik gab es an der unglaublichen Haltung der CSP.

Die CSP habe sich aus der seriösen Politik verabschiedet.

Die CSP sei unseriös, verbreite gezielt Unwahrheiten und verstricke sich in aberwitzige Widersprüchlichkeiten.

"Mit der CSP ist kein Staat mehr zu machen", so lautet die gemeinsame Schlussfolgerung von ProDG, SP und PFF nach den jüngsten Stellungnahmen der CSP zum Haushalt, zum Kindergeld, zur Seniorenpflege und zur Eröffnung der Sitzungsperiode.

Der CSP sei keine Lüge zu schade, um den Menschen Angst zu machen. Sie versuche zudem ganz offensichtlich einen Keil in die aktuelle Koalition zu treiben, indem sie einzelne Minister besonders aggressiv verunglimpfe. Diese Strategie sei aber zum Scheitern verurteilt.

Die Koalition schaut seit 2004 auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit zurück und gedenke, diese Zusammenarbeit auch zukünftig fortzuführen.

Die Mehrheit forderte die CSP auf, mit ihren „**kindischen Machtspielchen**“ aufzuhören, zur Ernsthaftigkeit zurückzukehren und sich endlich wieder einer redlichen Debatte zu stellen.

Die Aussagen der CSP in ihrer jüngsten Presskonferenz vor einer Woche seien der vorläufige Höhepunkt einer Serie von falschen Behauptungen und glatten Lügen.

Die "CSP 4.0" sei **an Populismus und Unredlichkeit nicht mehr zu überbieten**. Von der noch größten Fraktion im Parlament erwarte die Mehrheit konstruktive Vorschläge. Strategische Machtspielchen bringen die Gemeinschaft nicht weiter.

Zu den Vorwürfen im Einzelnen:

Tihange

Zitat CSP : "Selbst wenn Gefahr im Verzug ist, wie in der von der CSP in Zusammenarbeit mit den Oppositionspartnern vorgebrachten Forderung zum Abschalten des Risikoreaktors von Tihange oder der Ablehnung des TTIP-Abkommens, zeigte sich die Paasch-Regierung beratungsresistent."

"Zu vermuten ist, dass die Paasch-Regierung die Auseinandersetzung mit der Brüsseler Regierung scheut und die handfesten Sicherheitsfragen der Bevölkerung hintenan stellt."

Prädikat : GELOGEN

Mehrheit und Regierung der DG haben sich nachweislich für die sofortige Abschaltung von Tihange 2 und Doel 3 eingesetzt. Medien im In- und Ausland haben ausführlich darüber berichtet. Das kann die CSP unmöglich bestreiten. Die Euregio-Maas-Rhein hat den MP der DG sogar ausdrücklich für dessen Einsatz gegen diese Reaktoren gelobt. Dass die Reaktoren trotzdem noch immer am Netz sind, kann man nicht der DG vorwerfen. Nur die Föderalregierung ist befugt, die Reaktoren abzuschalten. Und an dieser Regierung ist unter anderem die flämische Schwesterpartei der CSP beteiligt. Warum protestiert die CSP nicht bei ihrer Schwesterpartei statt von der DG etwas zu verlangen, was sie nicht "liefern" kann?

Am Montag hinterlegte die CSP einen **neuen Resolutionsvorschlag** zu Tihange. Darin wird genau jene Position wiederholt, die die Mehrheit von Anfang eingenommen hat: Abschaltung von Tihange2 und Doel3 (zumindest) solange es sicherheitspolitische Bedenken wird. Genau das ist Inhalt und Geist der Resolution, die am ... vom PDG verabschiedet wurde. Damals hat die CSP noch dagegen gestimmt... Die Mehrheit begrüßt diese Kehrtwende der CSP; erkennt zwar keinen Mehrwert darin, Elemente einer bestehenden Resolution noch mal zu wiederholen; hat aber selbstverständlich inhaltlich kein Problem damit, diesem Text noch mal zuzustimmen.

TTIP

Zitat CSP : siehe oben

Prädikat : FALSCH und WIDERSPRÜCHLICH

Die Mehrheit hat das TTIP von Anfang an **scharf kritisiert**.

Sie hat sogar erstmals in der Geschichte der DG damit gedroht, ein internationales Abkommen abzulehnen.

Sie hat klare Bedingungen formuliert : kein Absenken von Standards, keine privaten Schiedsgerichte, etc.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind diese **Bedingungen nicht erfüllt**.

Würde das TTIP in seiner jetzigen Fassung dem PDG unterbreitet, **würde die Mehrheit es ablehnen**.

Wenn man die Verhandlungen zwischen USA und EU beobachtet, sieht es nicht so aus, als könnten die strengen Bedingung der DG erfüllt werden. Nach Einschätzung der Mehrheit wird es demzufolge auch kein TTIP geben!

Der CSP-Vertreter im EU-Parlament, Pascal Arimont, redet in dieser Angelegenheit übrigens mit gespaltener Zunge: Innerhalb der DG tut er so, als sei er gegen TTIP und CETA.

Im EU-Parlament jedoch hat **sein Fraktionsvorsitzender**, Manfred Weber, letzte Woche noch einmal leidenschaftlich bekräftigt, dass „seine Fraktion“ (zu der Arimont gehört) sich **„aus voller Überzeugung“ für CETA und TTIP** einsetzt.

Der CSP-Vertreter im EU-Parlament täte gut daran, seine eigene Fraktion im EU Parlament davon zu überzeugen, gegen diese Freihandelsabkommen zu stimmen; statt die Verantwortung auf die DG abzuschieben. Ohne die Zustimmung seiner Fraktion im EU-Parlament kann keines dieser Abkommen in Kraft treten!

Internat des IDGS

Zitat der CSP : "Bei der letzten Haushaltsdebatte hatte die Paasch-Regierung dann noch die Frechheit besessen, dem ehemaligen CSP-Minister Schröder diesen Umstand in die Schuhe zu schieben. Mittlerweile muss aber auch der Ministerpräsident zugeben, dass der Bau und auch die Garantieaufsicht von Seiten der Paasch-Lambertz-Ära verschlafen wurden."

Prädikat: GELOGEN

Diese Lüge ist besonders **dreist**. Das Internat wurde nachweislich in den 1990er Jahren unter der Verantwortung von Unterrichtsminister Schröder geplant und gebaut. In dieser Zeit saß Oliver Paasch noch in der Opposition.

Als Oliver Paasch im Jahre 2004 Unterrichtsminister wurde, war das Internat schon fast 5 Jahre im Betrieb. Selbstverständlich hat die DG

seinerzeit versucht, die Zehnjahresgarantie einzufordern. Der damalige Leiter des Infrastrukturdienstes, Johann Mockels, hat sehr viel Zeit und Energie investiert, um den Schaden zu begrenzen. Allerdings war das Ausmaß der Fehlplanung erschreckend. Wie kann man beispielsweise "vergessen", ein Internat für Förderschüler behindertengerecht zu gestalten?

Dass die CSP jetzt versucht, den damaligen Oppositionspolitiker Oliver Paasch nachträglich für die Fehlplanung eines CSP-Ministers verantwortlich machen zu wollen, **ist boshaft und unverschämt.**

Geradezu surreal ist auch die Behauptung der CSP, dass Paasch "zugeben müsse, ... Bau und Garantieaufsicht verschlafen zu haben".

Wie kann jemand einen Bau verschlafen haben, der 5 Jahre vor seinem Amtsantritt eingeweiht wurde?

Die Mehrheit schlägt vor, die damals an der Planung beteiligten Personen im Ausschuss anzuhören.

Lehrergehälter

Zitat CSP: "Die Lehrer der DG sind die schlecht bezahltesten in Belgien".

Prädikat: FALSCH

Ja, es gibt Gehaltsunterschiede. Mittlerweile wurden aber mehrere Gehaltsverbesserungen für die Lehrpersonen in der DG durchgeführt. Heute zahlt die DG beispielsweise die HÖCHSTEN Einstiegsgehälter. Das bedeutet (seit 2014) : wer in der DG Lehrer wird, erhält während seiner ganzen Berufskarriere ein höheres Gehalt als Flamen und Frankophone.

Beschäftigungspolitik

Zitat R Nelles im GE vom 17.09.16 : "Auch wenn das Thema Beschäftigung nicht direkt in den Zuständigkeitsbereich fällt..."

Prädikat : FALSCH

Es stimmt, dass die Wirtschaftspolitik nicht in den Zuständigkeitsbereich der DG fällt. Genauso wenig wie die Steuerpolitik. Die DG kann nicht über die Höhe von Steuern und Lohnkosten entscheiden. Das kann nur der Föderalstaat. Aber die Beschäftigungspolitik fällt **sehr wohl in den Zuständigkeitsbereich der DG**. Das müsste der höchste Beamte in diesem Bereich, der Direktor des Arbeitsamtes, eigentlich wissen...

Luc Frank hat weiterhin im BRF Interview behauptet, dass die Regierung nicht integral die Gelder für die Beschäftigung die sie erhält, für die Beschäftigung ausgibt. Und das obschon wir heute immer noch eine Arbeitslosigkeit im Norden im zweistelligen Bereich haben.

Diese Aussage entbehrt jeder Grundlage.

Und ist falsch.

Die Gelder der Beschäftigung aus der Übertragung 2015 werden **integral** für die Beschäftigung genutzt.
Das ist klar nachvollziehbar in den aktuellen Haushalten der DG und des ADG.

Mehr Geld für Beamte

Aussage von R Nelles im GE vom 17.09.16 : die Baremen im öffentlichen Dienst müssen angepasst werden.

Prädikat : WIDERSPRÜCHLICH

Dies Forderung der CSP nach mehr Geld für Beamte führt zu erheblichen Mehrausgaben im öffentlichen Dienst der DG. Bislang hatte die CSP die Kosten für den öffentlichen Dienst immer kritisiert, als „**Wasserkopf**“ bezeichnet und Kürzungen gefordert. Jetzt will sie mehr Geld hierfür ausgeben. Erstaunlich. Bemerkenswert ist auch, dass mit **R Nelles einer der höchsten Beamten** in der DG diese Forderung erhebt.

SEC-Normen

Der Vertreter der CSP im EU Parlament gibt vor, sich gegen die europäischen SEC-Buchhaltungsnormen einzusetzen, weil sie die Investitionskapazität der öffentlichen Hand zu sehr einschränken. Die Mehrheit teilt diese Ansicht. Allerdings hat der CSP-Abgeordnete Frank am vergangenen Montag in einer öffentlichen Ausschusssitzung mehrfach behauptet, die SEC-Normen seien „überhaupt kein Problem“. Sie müssten folglich auch „nicht abgeändert werden“.

Prädikat: WIDERSPRÜCHLICH

Wer spricht denn nun im Namen der CSP? Ihr Teamleiter (Arimont) oder ihr Präsident (Frank)?

Integrationsparcours

Die CSP spricht davon, dass bereits im September 2014 ein Konzept für einen **Integrationsparcours** ausgearbeitet wurde und dass der Integrationsparcours noch immer nicht steht. Die Zeit dränge.

Prädikat: FALSCH

Die CSP kennt die Akten nicht. Der RESI hatte 2014 einen Konzeptvorschlag für Integration vorgestellt - nicht mehr und nicht weniger.

Minister Antoniadis hat bereits im zweiten Halbjahr 2014 die Schaffung eines Integrationszentrums angekündigt. Aus Info Asyl, das ohne finanzielle Absicherung da stand, wurde Info Integration. Info Integration hat seitdem mehr Mittel erhalten, um die ankommenden Flüchtlinge besser zu integrieren: Neben der Beratung und Vermittlung der Migranten wird die Integration in den Schulen unterstützt. Außerdem fängt Info Integration mit der praktischen Umsetzung des Integrationsparcours bereits an.

Zur Integration der Migranten wird die Regierung ab 2017 dem Dienst Info Integration weitere erhebliche Mittel zur Verfügung stellen.

Außerdem investiert die Regierung seit 2016 jedes Jahr (zusätzlich) 150.000 € in Intensivsprachkurse.

Aktuell wird darüber hinaus ein Integrationskurs ausgearbeitet, der 2017 startet. Dieser soll über Rechte und Pflichten, Werte und Regeln in einer Gesellschaft aufklären.

2017 wird der Integrationsparcours stehen. Die Regierung hat die Schaffung eines verpflichtenden Deutsch- und Integrationskurses in Aussicht gestellt. Deshalb soll in 2018 der Integrationsparcours also für alle Nicht EU-Ausländer mit Aufenthaltsrecht verpflichtend sein.

Pflegeversicherung

*Zitat CSP: „Obwohl es die **Pflegeversicherung** inzwischen in ganz Belgien gibt, sucht man sie in der DG vergebens. Es ist nicht einmal ein Konzept vorhanden“.*

Prädikat: GELOGEN

Die CSP weiß ganz genau, dass **nur** Flandern eine Pflegeversicherung hat. Sie lügt vorsätzlich, um Panik zu schüren: Ihr Parteikollege Maxime Prévot (CdH) hat die Pflegeversicherung noch nicht eingerichtet. Die Wallonen werden inzwischen auf die 2. Hälfte 2017 vertröstet, obwohl die CSP in der Wallonie seit 2004 durchgehend an der Macht ist. Bisher gibt es nur politische Lippenbekenntnisse. Ob sie realisierbar sind, sollten Studien belegen.

Auch in der DG hat die CSP nichts geliefert und das gibt sie offen zu, wenn sie sagt, dass sie seit 2001 für die Pflegeversicherung ist. 15 Jahre lang hat die CSP kein einziges Konzept vorgestellt. 15 Jahre lang wird nur „Pflegeversicherung“ gerufen.

Die Fakten:

- eine Studie aus dem Jahr 2003 hat gezeigt, dass eine Pflegeversicherung nur auf föderaler Ebene nachhaltig funktionieren kann.
- Flandern hat Probleme die Pflegeversicherung aufrechtzuerhalten und hat die „Kopfsteuer“ für die Bevölkerung von 25 € auf 50 € erhöht.
- Die Mehrheit will wissen, hat dennoch die Erstellung einer Studie ausgeschrieben, um die Machbarkeit und Umsetzung einer Pflegeversicherung in der DG objektiv überprüfen zu lassen. Es nützt nichts lauthals „Pflegeversicherung“ zu rufen und hinterher erlebt die eigene Bevölkerung ein ähnliches Debakel wie mit den grünen Zertifikaten. Wenn eine Pflegeversicherung kommen soll, dann soll sie nachhaltig sein und zur einer wirklichen Unterstützung der Menschen mit Unterstützungsbedarf führen.

In der DG sollen die Bürger für ihr Geld etwas bekommen und nicht am Ende leer ausgehen!

Altenheime

*Zitat CSP: „Die Wartelisten für einen Platz in einem **Alten- oder Pflegeheim** sind lang. Es gibt auch immer mehr Demenzkranke in Ostbelgien, die Hilfe benötigen. CSP wartet vergeblich auf konkrete Maßnahmen.“*

Prädikat: FALSCH

Die CSP hat wohl das Anrollen der ganzen Bagger nicht mitbekommen. Überall wird umgebaut (Josephsheim, Marienheim), angebaut (Hof Bütgenbach) oder neu gebaut (Kelmis). Das wird dazu führen, **dass 2018 und 2019 insgesamt 112 zusätzliche Plätze geschaffen werden.**

Besonders in der Eifel sind Plätze notwendig. Mit den 52 Plätzen in Bütgenbach wird auf diesen konkreten Bedarf reagiert. Die Mehrheit freut sich darüber, dass VIVIAS endlich mit der Realisierung des Ausbaus begonnen hat. Der Rundbau wird besonders den Bedürfnissen von Menschen mit Demenz Rechnung tragen.

Für künftige Projekte braucht es Träger wie VoGs, Interkommunalen und Gemeinden, die bereit sind, Altenheime zu bauen oder auszubauen. Die DG übernimmt 60% der Kosten für die Infrastruktur und finanziert seit der 6. Staatsreform auch den Betrieb der Altenheime. Die DG betreibt aber selbst keine Altenheime. **Indem die CSP mehr Betten fordert, sagt sie indirekt den VoGs und den Gemeinden, dass sie zu wenig tun.**

Die Mehrheit ist der Meinung, dass ein umsichtiger Ausbau der Alten- und Pflegewohnheimen wichtig ist. Der Sektor reagiert darauf. Die Mehrheit ist aber auch der Meinung, dass wir die Ostbelgier bei ihrem Wunsch unterstützen sollten, solange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben zu dürfen.

Das bedeutet natürlich nicht, dass die Menschen auf den Wartelisten ohne Hilfen da stehen. Dank der Beratungsstelle Eudomos, die in 2017 gemeinsam mit der Dienststelle für Menschen mit Behinderung zur Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben umgewandelt wird, erhalten die Leute qualitativ hochwertige Dienstleistungen wie Familienhilfe und Pflegeleistungen. Die Mehrheit möchte ausdrücklich begrüßen, dass mit **der Schaffung der neuen Dienststelle die Beratungsstelle für Senioren gerettet wird!** Bekanntlich endet 2018 die LIKIV-Finanzierung. Dem Beratungsdienst drohte somit das Aus!

Parallel arbeitet die Regierung, so wie es die Senioren wünschen, am Ausbau der Angebote für die Unterstützung von Senioren zuhause und an neuen alternativen Wohnformen. So gibt es in Eupen eine Wohngemeinschaft, die in einer Pilotphase mit dem ÖSHZ Eupen betrieben wird. **Den Schwerpunkt auf eine gute häusliche Versorgung und Unterstützung zu legen, das ist übrigens keine Erfindung der DG, sondern gängige Praxis in vielen westlichen Ländern.**

Auch in Sachen **Demenz** schürt die CSP nur Ängste anstatt Vorschläge zu erarbeiten. Die Mehrheit begrüßt es, dass die CSP das Thema Demenz entdeckt hat, nachdem Minister Antoniadis mitgeteilt hat, eine ganze Demenzstrategie auszuarbeiten.

Die CSP hat stolz mitgeteilt, ein Demenzdorf besucht zu haben. Wenn das der CSP als Beitrag zum Thema Demenz ausreicht, dann müssen wir die CSP enttäuschen:

Die Mehrheit möchte das Thema Demenz in den Vordergrund rücken und es enttabuisieren. Wir wollen, dass die verschiedenen Dienstleister und Akteure, die bereits heute gute Arbeit leisten, noch enger zusammenarbeiten und neue Angebote entwickeln. Ein Demenzdorf lehnen wir aber kategorisch ab! Minister Antoniadis hat in der letzten Regierungskontrolle bereits darauf hingewiesen, dass Demenzdörfer, Ghettos für Menschen mit Demenz, sein können. Wir wollen nicht Menschen mit Demenz verstecken, sondern sie unterstützen so lange wie möglich in der Mitte unserer Gesellschaft zu leben. Um das zu erreichen, hat die Mehrheit klare Vorstellungen, die mit der Demenzstrategie bekannt werden! Beispiele dafür sind die häusliche Hilfe, Tagesbetreuung, die Unterstützung von pflegenden Angehörigen und vieles mehr!

Die Demenzstrategie wird Ende November bei Workshops mit den Akteuren besprochen und voraussichtlich noch in diesem Jahr der Öffentlichkeit vorgestellt. Keine konkrete Maßnahme? Interessant!

Kindergeld

Zitat CSP: „Die CSP erwartet kompromisslos, dass ab 2019 bei einer Neuregelung jede Familie mindestens die gleichen finanziellen Zuschüsse erhält wie im alten System. Keiner darf verlieren! Es sollte niemand weniger erhalten als bisher. Die CSP fordert eine lückenlose Aufklärung im Ausschuss sowie eine transparente Debatte im Parlament“.

Prädikat: POPULISTISCH

70-80% % der Familien bekommen zum 1. Januar 2019 mehr Kindergeld. Künftig bekommen Ein-Kind und Zwei-Kind-Familien ein gerechtes Kindergeld. Kinderreiche Familien werden zusätzlich unterstützt. **Die übrigen 20-30 % werden kein Kindergeld verlieren.** Dafür steuert die DG 1,2 Millionen Euro jährlich bei. Dieses Übergangskindergeld wird gezahlt, bis die Familienzusammensetzung sich ändert oder das neue System für eine Familie vorteilhafter wird. Die CSP versucht mit aller Macht die Familien in Ostbelgien zu überzeugen, dass sie Kindergeld verlieren werden. Sie geht sogar so weit, einzelne Aussagen des zuständigen Ministers aus dem

Parlament-TV herauszuschneiden und aus dem Kontext zu reißen, um gezielt einen falschen Eindruck entstehen zu lassen. Dadurch wird die eigentliche Haltung der Regierung auf unzulässige Art und Weise verfälscht.

Während die CSP in Ostbelgien eine bewusste Irreführung betreibt, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht auszuschließen, dass die Schwesterpartei cdh in der Wallonie dafür sorgt, dass die Wallonen weniger Kindergeld bekommen werden als die Einwohner der DG.

Prädikat: WIDERSPRÜCHLICHES

Die Regierung hat konkrete Vorschläge gemacht, die einen Mehrwert für die Familien schaffen werden. Die CSP fragt nach Konzepten, sind diese aber erstmal da, dann wird die Regierung kritisiert, weil sie welche ausgearbeitet hat.

Prädikat: GELOGEN

Die CSP fordert eine transparente Debatte und behauptet, die Regierung kommuniziert nur über die Medien. Falls die CSP es nicht mitbekommen hat: Der Konzept**vorschlag** zur künftigen Gestaltung der Familienleistungen wurde bereits im Rahmen des 5 Parteien Gesprächs vorgestellt – auch die CSP war körperlich anwesend.

Die Regierung hat einen Vorschlag gemacht, der nun mit der Zivilgesellschaft und allen Parteien besprochen werden soll. Wir hoffen, dass die CSP ihre Meinung ändert und konstruktiv an der Gestaltung des Kindergeldes mitarbeitet statt unbegründete Ängste zu schüren. Eine zweite Versammlung zum Thema Kindergeld mit den 5 Parteien ist für November geplant.

Jugendhilfe

Die CSP fordert die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses bezüglich der Beendigung der Finanzierung von Oikos durch die DG.

Prädikat: POPULISTISCH

Das Parlament hat sich mit der Entscheidung der Regierung ausführlich befasst und hat nach ausführlicher Diskussion eine begründete Abstimmung durchgeführt.

Die Mehrheit lehnt die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zu einer einzelnen Zuschussakte ab. Das Instrument des Untersuchungsausschusses sollte nicht für politische Machtspiele und Klientelismus missbraucht werden!

Vollstatut für Tagesmütter

*Zitat CSP „Die Bedingungen für **Tagesmütter** werden immer schlimmer. Abhilfe muss geschaffen werden. Es tut sich zu wenig. CSP fordert Tagesmütterstatut und Gründung einer Gesellschaftsform für Kinderbetreuung.*

Prädikat: POPULISTISCH und FALSCH

Die CSP fordert das Vollstatut, obwohl sie weiß, dass die DG nicht dafür zuständig ist, sondern der Föderalstaat. Minister Antoniadis hat die Föderalregierung zu diesem Anliegen interpelliert. Der Premierminister hat daraufhin versprochen, eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, wenn das Pilotprojekt von Flandern beendet ist. Die neue CdH-Ministerin in der Französischen Gemeinschaft will auch ein Pilotprojekt starten. Das könnte dazu führen, dass die Diskussion mit der Föderalregierung auf später verschoben wird.

In der Zwischenzeit tut die DG alles, was im Rahmen ihrer Zuständigkeiten möglich ist, um den Tagesmüttern entgegen zu kommen. Im Gegensatz zu dem, was die CSP behauptet, werden die Bedingungen für Tagesmütter besser:

- In 2016 haben wir die Entschädigungen für die Tagesmütter angehoben und indexiert.
- In 2017 sollen **die Überstunden für die Tagesmütter** besser vergütet werden. 80% der Tagesmütter werden dadurch besser entschädigt.
- Ab 2018 gibt es weitere Formen der Entschädigungen für Tagesmütter

Generell zur Kinderbetreuung: Die Regierung hat die Mittel für die Kinderbetreuung stetig aufgestockt und mit dem **Masterplan für die Kinderbetreuung 2025** weitere Maßnahmen angekündigt. So soll bis 2019 mindestens eine neue **Kinderkrippe** in Betrieb genommen werden. Der Masterplan 2025 wurde mit dem RZKB, den konventionierten sowie den selbstständigen Tagesmüttern, Kaleido, der Frauenliga und der Dienststelle für Menschen mit Behinderung besprochen und weiterentwickelt. Nun folgt eine Konzertierung mit den Sozialpartnern, um eine möglichst breite gesellschaftliche Basis zu finden..